

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 38 | 24.09.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 399/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Nebenleistungsverordnung** und die **PD-Nebenleistungsverordnung** geändert werden

[BGBl II 400/2021](#)

2. Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind (**COVID-19-Schadloshaltungsauszahlungsv**)

[BGBl II 401/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, mit der die **Bildungsdokumentationsverordnung 2021** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 330 v 20.09.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/1529 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. September 2021 zur Schaffung des **Instrumentes für Heranführungshilfe** (IPA III)

[ABI L 334 v 22.09.2021, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2021/1691 der Kommission vom 12. Juli 2021 zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der **Anforderungen** an die **Unternehmer** in der **ökologischen/biologischen Produktion** in Bezug auf die Führung von Aufzeichnungen

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

17.06.2021, [E 107/2020](#)

PrivatschulG; Anlassfall zu VfGH 17.06.2021, [G 391/2020](#)

23.06.2021, [G 368/2020 ua](#)

StGB; kein Verstoß gegen das Gebot der **rückwirkenden Anwendung milderer Strafgesetze** durch eine – dem verfahrensrechtlichen Strafrecht angehörende – Verjährungsbestimmung des StGB; keine Verletzung im Gleichheitsrecht durch die strafrechtliche Übergangsregelung betreffend die Geltung der bisherigen Bestimmungen für bereits anhängige Verfahren

24.06.2021, [E 4572/2019](#)

Sbg RaumOG; Anlassfall zu VfGH 14.06.2021, [V 6/2021](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.07.2021, [Ra 2021/12/0021](#)

GehaltsG; VwGVG; in einem Verfahren betreffend Zuerkennung einer Ausgleichsmaßnahme für entgangenes Schmerzensgeld gem §§ 23a, 23b GehaltsG durfte das VwG allein aus dem Umstand, dass der Beamte in seiner Beschwerde gegen die Antragsabweisung, auf die Frage des Fremdverschuldens relevante Sachverhaltsaspekte nicht näher eingeht, nicht schlussfolgern, dass der **(von Amts wegen zu klärende) Sachverhalt** hinsichtlich dieser (erstmalig) im angefochtenen Erkenntnis tragend zugrunde gelegten Aspekte „geklärt“ und unstrittig gewesen sei; die Gewährung von Parteiengehör zur Äußerung der belangten Behörde lässt erkennen, dass das VwG nicht von einem geklärten Sachverhalt ausging; ein pauschaler Hinweis des VwG, dass die Tatbestände der Z 1 und 2 des § 23b Abs 1 GehaltsG nicht erfüllt seien, lässt den relevanten Sachverhalt schon deshalb nicht als geklärt iSd § 24 Abs 4 VwGVG erscheinen, weil der Antrag des Beamten auf eine Leistung nach § 23b Abs 4 GehaltsG abzielte

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 08.06.2021, [LVwG-604406](#)

AVG; da die Beschwerde in ungarischer Sprache verfasst war, erwies sie sich als mangelhaft; das LVwG Oö führte daher ein **Verbesserungsverfahren** nach § 13 Abs 3 AVG durch; dieses blieb jedoch erfolglos; ungeachtet des ausdrücklichen Hinweises des LVwG Oö im Aufforderungsschreiben, dass die Beschwerde andernfalls aus formellen Gründen zurückzuweisen ist, übermittelte die Bf innerhalb der Verbesserungsfrist keine Beschwerde in deutscher Sprache; die in ungarischer Sprache verfasste Beschwerde der Bf ist daher als unzulässig zurückzuweisen

LVwG Oö 17.06.2021, [LVwG-450656](#)

Oö TourismusG; eine vorübergehende und durch Sanierungsmaßnahmen behebbare momentane Unbenützbarkeit eines Wohnobjekts führt nach Ansicht des LVwG Oö für sich genommen nicht dazu, dass deswegen dieses Objekt nicht mehr als **Freizeitwohnung** iSd Oö TourismusG angesehen werden kann

LVwG Oö 26.07.2021, [LVwG-604340](#)

VStG; es reicht nicht, dass der Bf einen Sendebericht erhalten hat, in dem bestätigt wurde, dass die E-Mails mit dem **Einspruch** vom 14. Jänner 2021 und 18. Jänner 2021 gegen die **Strafverfügung** bei ihm „weggegangen sind“; der Bf erhielt wie er selbst anführt auch eine Fehlermeldung bezüglich Unzustellbarkeit der E-Mails einen Tag nach dem Absenden; es wäre an ihm gelegen, den Einspruch neuerlich an die richtige Mail-Adresse zu übermitteln, die auch auf der Strafverfügung angeführt war

LVwG OÖ 10.8.2021, [LVwG-652153](#)

AVG; trotz der eindeutigen Merkmale eines Bescheids gem § 57 Abs 1 AVG und einer diesbezüglich richtigen Rechtsmittelbelehrung, ficht der Bf diesen mit Beschwerde an das VwG an und rechtfertigt dieses Vorgehen mit dem Versuch einer Uminterpretation in einen Bescheid gem § 58 AVG; das fehlende Vorliegen einer derartigen im öffentlichen Interesse liegenden Konstellation und damit die Rechtswidrigkeit des Vorgehens mittels Mandatsbescheid wäre in der Vorstellung darzulegen; es besteht kein Zweifel daran, dass der Bf den vorliegenden Bescheid mit Beschwerde an das VwG anfechten will; die Darstellung des Bf, dass die **Falschbezeichnung** nicht schade geht in diesem Fall fehl; ein derartiger Fall liegt nicht vor, wenn der Bf in einem Fall, in dem nur eine Vorstellung an die BVB statthaft ist, eine als solche bezeichnete und inhaltlich nur als solche zu interpretierende Beschwerde an das VwG einbringt; diesfalls liegt keine „falsa demonstratio“ ein unrichtiges Rechtsmittel vor

LVwG OÖ 18.8.2021, [LVwG-604674](#)

AVG; VwGVG; da die Anbringen der Bf die **Kriterien des § 9 VwGVG** nicht einmal rudimentär erfüllen, insb kein Vorbringen enthalten, sind diese aus den oben dargestellten Gründen sogleich als unzulässig zurückzuweisen und ist § 13 Abs 3 AVG von Vorneherein nicht anwendbar; vorliegend müsste den Beschwerden als Inhalt zumindest ein rudimentäres Beschwerdevorbringen entnommen werden können, um ein sinnvolles Verbesserungsverfahren möglich zu machen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[16.09.2021, Rs C-21/20, *Balgarska natsionalna televizija*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Anwendungsbereich – Art 2 Abs 1 Buchst c – Dienstleistung gegen Entgelt – Ausschluss von Fernsehzuschauern **angebotenen audiovisuellen Mediendiensten**, die durch einen öffentlichen Zuschuss finanziert werden und für die von den Zuschauern kein Entgelt entrichtet wird – Art 168 – Recht auf **Vorsteuerabzug** – Steuerpflichtiger, der sowohl steuerbare als auch nicht in den Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer fallende Umsätze bewirkt

[16.09.2021, Rs C-410/19, *The Software Incubator*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Selbstständige Handelsvertreter** – Richtlinie 86/653/EG – Art 1 Abs 2 – Begriff ‚Handelsvertreter‘ – Elektronische Lieferung einer **Computersoftware** an Kunden – Erteilung einer unbefristeten Nutzungslizenz – Begriffe ‚Verkauf‘ und ‚Waren‘

[16.09.2021, Rs C-337/19 P, *Kommission/ Belgien und Magnetrol International*](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Vom Königreich **Belgien** durchgeführte Beihilferegulation – **Steuerbefreiung** für Gewinnüberschüsse – **Steuervorbescheid** („tax ruling“) – Ständige Verwaltungspraxis – Verordnung (EU) 2015/1589 – Art 1 Buchst d – Begriff ‚Beihilferegulation‘ – Begriff ‚Regelung‘ – Begriff ‚nähere Durchführungsmaßnahmen‘ – Definition der Begünstigten ‚in einer allgemeinen und abstrakten Weise‘ – Anschlussrechtsmittel – Zulässigkeit – **Steuerautonomie** der Mitgliedstaaten

B. SCHLUSSANTRÄGE

[16.09.2021, Rs C-394/20, *Finanzamt V \(\) und déduction des parts réservataires* \(GA De la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Art 63 und 65 AEUV – **Erbschaftsteuer** – Nationale Regelung über die Erbschaftsteuer – Unterschiedliche Behandlung von Gebietsansässigen und Gebietsfremden – Beschränkte Steuerpflicht – Inländisches Grundvermögen – **Proportionaler Freibetrag** für Gebietsfremde – Keine Beschränkung – Nationale Regelung, die für Gebietsfremde keinen Abzug der Nachlassverbindlichkeiten aus Pflichtteilen vorsieht – Fehlen eines **wirtschaftlichen Zusammenhangs** mit dem besteuerten Vermögen – Beschränkung – Keine Rechtfertigung

[16.09.2021, Rs C-302/20, Autorité des marchés financiers \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Binnenmarkt für **Finanzdienstleistungen** – Funktionsfähigkeit und Integrität der Kapitalmärkte – Insider-Informationen und Insidergeschäfte – Richtlinie 2003/6/EG (**Marktmissbrauchsrichtlinie**) – Verbot der Offenlegung von Insiderinformationen – Richtlinie 2003/124/EG – Art 1 Abs 1 – Begriff der Insiderinformation – Kriterien der Präzision und der Geeignetheit, die Kurse zu beeinflussen – **Marktgerücht** – Offenlegung der bevorstehenden Veröffentlichung eines Artikels betreffend ein Marktgerücht durch einen Journalisten an eine andere Person – Verordnung (EU) Nr 596/2014 (Marktmissbrauchsverordnung) – Art 21 – Offenlegung einer Insiderinformation zu journalistischen Zwecken – Art 10 – Offenlegung einer Insiderinformation im Zuge der normalen Ausübung einer Beschäftigung oder eines Berufs

[16.09.2021, Rs C-300/20, Bund Naturschutz in Bayern \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Umwelt – Prüfung der **Umweltauswirkungen** bestimmter Pläne und Programme – Strategische Umweltprüfung – Begriff der Pläne und Programme – Landschaftsschutzgebietsverordnung, die allgemeine Verbotstatbestände und Erlaubnispflichten regelt, ohne einen spezifischen Bezug zu konkreten Projekten aufzuweisen – **Rechtsfolgen** des Unterbleibens einer Strategischen **Umweltprüfung** – **Zeitliche Begrenzung** der Wirkungen **des Urteils** – Befugnis des nationalen Gerichts, die Wirkungen nationaler Rechtsakte vorläufig aufrechtzuerhalten

[16.09.2021, Rs C-251/20, Gfflix Tv \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung Nr 1215/2012 – **Veröffentlichung** verunglimpfender **Kommentare** über eine **juristische Person** im Internet – Klagen auf Richtigstellung von Angaben, Löschung von Inhalten und auf Schadenersatz – Zuständigkeit für Klagen auf Schadenersatz – Strategische Klagen gegen **öffentliche Beteiligung** [SLAPP-Klagen]

[23.09.2021, Rs C-128/20, CSMB Invest \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Verordnung (EG) Nr 715/2007 – **Kraftfahrzeuge** – Art 3 Nr 10 – Art 5 Abs 1 und 2 – Dieselmotor – **Schadstoffemissionen** – In den Rechner zur Motorsteuerung integrierte Software – Abgasrückführventil – Durch ein ‚Thermofenster‘ begrenzte Reduzierung der Stickoxidemissionen – **Abschalteinrichtung** – Zulassung einer solchen Einrichtung, wenn diese notwendig ist, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen – Im Rahmen einer Nachbesserung des Fahrzeugs eingebaute Einrichtung – Richtlinie 1999/44/EG – Verbrauchsgüterkauf und Garantien für Verbrauchsgüter – Dem Kaufvertrag gemäße Güter – Art 2 Abs 2 Buchst d – Vermutung der Vertragsmäßigkeit von Gütern, die eine Qualität und Leistungen aufweisen, die bei Gütern der gleichen Art üblich sind und die der Verbraucher vernünftigerweise erwarten kann – **Gültige EG-Typgenehmigung** – Art 3 Abs 6 – Kauf des betreffenden Fahrzeugs, obwohl der Verbraucher zum Zeitpunkt des Verkaufs Kenntnis von der Existenz der Abschaltvorrichtung hatte – **Geringfügige Vertragswidrigkeit**

[23.09.2021, Rs C-146/20, Corendon Airlines \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Gemeinsame Regelung** für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste bei **Annullierung** oder großer **Verspätung von Flügen** – Art 2 – Begriffe ‚bestätigte Buchung‘ und ‚ausführendes Luftfahrtunternehmen‘ – Art 5 und 7 – Begriff ‚planmäßige Ankunftszeit‘ – Vorverlegung der Abflugzeit – Einstufung – Angebot einer anderweitigen Beförderung – Art 14 – Verpflichtung zur Information der Fluggäste über ihre Rechte – Umfang

[23.09.2021, Rs C-165/20, Air Berlin \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Richtlinie 2003/87/EG – System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten – Richtlinie 2008/101/EG – **Einbeziehung des Luftverkehrs** – Kostenlose Zuteilung von Luftverkehrsemissionszertifikaten an Luftfahrzeugbetreiber für die Handelsperiode 2013 bis 2020 – **Einstellung der Luftverkehrstätigkeit** eines Luftfahrzeugbetreibers im Jahr 2017 wegen Insolvenz – Rücknahme von Emissionszertifikaten für die Jahre 2018 bis 2020 – Grundsatz der Rechtssicherheit – Verordnung (EU) Nr 389/2013 – Art 10 Nr 5, Art 29, Art 55 Abs 1 Buchst a und Abs 3 sowie Art 56 – Gültigkeit – Zuteilungsantrag, auf den am Ende einer Handelsperiode keine Zuteilung erfolgt ist – Wechsel zum nächsten Handelszeitraum

[23.09.2021, Rs C-205/20, Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld \(Effet direct\) \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – **Entsendung von Arbeitnehmern** – Art 20 der Richtlinie 2014/67/EU – Sanktionen – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Unmittelbare Wirkung – Befugnisse der nationalen Gerichte – Mitgliedstaatliches Gesetz, das die **Kumulation von Verwaltungsstrafen** für jede begangene Zuwiderhandlung sowie Mindeststrafen vorsieht, ohne Obergrenzen für die **Gesamtstrafe** festzulegen

[23.09.2021, Rs C-263/20, Airhelp \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Gemeinsame Regelung** für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste bei **Annullierung** oder **großer Verspätung** von Flügen – Buchung eines Fluges im Wege einer elektronischen Plattform – Vorverlegung der Abflugzeit des Fluges – Empfang der Information über die Vorverlegung des Fluges an einer E-Mail-Adresse – Umfang der **Informationspflicht** des Luftfahrtunternehmens – Richtlinie 2000/31/EG – **Dienste der Informationsgesellschaft** – Art 11 – Abgabe einer Bestellung – Vermutung für den Empfang

[23.09.2021, Rs C-395/20, Corendon Airlines \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – **Änderung der Abflugzeit** eines Fluges – **Verschiebung** des Abflugs um nahezu drei Stunden – **Mitteilung** an die Fluggäste neun Tage vor Abflug – Begriffe ‚Annullierung‘ und ‚Angebot zur anderweitigen Beförderung‘

[23.09.2021, Rs C-433/20, Austro-Mechana \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Urheberrecht** und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 2 – **Vervielfältigungsrecht** – Art 5 Abs 2 Buchst b – Ausnahme für **Privatkopien** – Server, die im Eigentum Dritter stehen und natürlichen Personen zum privaten Gebrauch zur Verfügung gestellt werden – Erbringung einer Cloud-Computing-Dienstleistung – Auslegung des Begriffs ‚auf beliebigen Trägern‘ – Gerechter Ausgleich

C. GERICHT

[15.09.2021, Rs T-359/19, Daimler/ Kommission](#)

Umwelt – Verordnung (EG) Nr 443/2009 – Durchführungsverordnung (EU) Nr 725/2011 – Durchführungsbeschluss (EU) 2015/158 – Durchführungsbeschluss (EU) 2019/583 – **Kohlendioxidemissionen** – **Prüfverfahren** – Personenkraftwagen

[15.09.2021, Rs T-207/20, Residencial Palladium/ EUIPO - Palladium Gestion \(PALLADIUM HOTELS & RESORTS\)](#)

Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Unionsbildmarke** PALLADIUM HOTELS & RESORTS – Zulässigkeitsvoraussetzungen des **Antrags auf Nichtigerklärung** – Art 53 Abs 4 der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 (jetzt Art 60 Abs 4 der Verordnung [EU] 2017/1001) – Art 56 Abs 3 der Verordnung Nr 207/2009 (jetzt Art 63 Abs 3 der Verordnung 2017/1001)

[22.09.2021, Rs T-195/20, Sociedade da Água de Monchique/ EUIPO - Ventura Vendrell \(chic ÁGUA ALCALINA 9,5 PH\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – **Anmeldung der Unionsbildmarke** chic ÁGUA ALCALINA 9,5 PH – Ältere Unionswortmarke CHIC BARCELONA – Relatives **Eintragungshindernis** – **Keine Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

21.09.2021, Beschwerde Nr [20914/07](#), Carter / Russland

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben), materiell- und verfahrensrechtlich; Vergiftung und Ermordung eines russischen Überläufers und Dissidenten im Vereinigten Königreich durch zwei Personen, die als Agenten Russlands handelten; Versäumnis der inländischen Behörden, eine wirksame Untersuchung des Todesfalls durchzuführen

23.09.2021, Beschwerde Nr [46075/16](#), *Anagnostakis ua / Griechenland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), positive Verpflichtungen; Verzögerungen bei Verfahren zur Regelung des Umgangs zwischen Vater und Kind, mehr als fünf Jahre und neun Monate für vier Instanzen; unverhältnismäßige Verfahrensdauer

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 143/2021 , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
---	------------	--------------------

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
---	------------	------------

107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>

60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	<i>Keine Angabe</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO

(COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020 , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 VfGH: BGBl II 484/2020 : VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBl II 488/2020 : VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBl II 492/2020 : VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020 BGBl II 318/2021 : VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021 BGBl II 359/2021 : VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.05.2020	30.06.2020
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020 , ausgegeben am 13.05.2020 VfGH: BGBl II 485/2020 : VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft BGBl II 360/2021 : VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021	15.05.2020	<i>unverändert</i>
231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020 , ausgegeben am 27.05.2020 VfGH:	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit

<p>BGBI II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBI II 360/2021: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>		Ablauf 30.06.2020
239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 239/2020 , ausgegeben am 28.05.2020	29.05.2020	<i>unverändert</i>
246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 246/2020 , ausgegeben am 29.05.2020	30.05.2020	<i>unverändert</i>
266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 266/2020 , ausgegeben am 13.06.2020 VfGH: BGBI II 146/2021 : VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	15.06.2020	<i>unverändert</i>
287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020 VfGH: BGBI II 358/2021 : VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBI II 146/2021 : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBI II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der

		nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung:</i> Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020 , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung:</i> Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020 , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	
476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020 , ausgegeben am 11.11.2020	13.11.2020	§2 22.11.2020
544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020 , ausgegeben am 04.12.2020	07.12.2020	23.12.2020 § 2 16.12.2020

		16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum 18. Dezember 2020 gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung. 	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II Nr. 361/2021: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>

<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 147/2021, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021</p>
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021, ausgegeben am 09.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p>	<p><i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021</p>
<p>171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021, ausgegeben am 16.04.2021</p>	<p>19.04.2021</p>	<p>02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021</p>
<p>181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021, ausgegeben am 23.04.2021</p> <p>Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021</p>	<p>26.04.2021</p>	<p>05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021</p>

206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	<i>unverändert</i>
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>
2. COVID-19-Öffnungsverordnung – 2. COVID-19-ÖV		
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	31.08.2021 §§ 12 – 16 28.07.2021
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021 , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021 , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>

366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 366/2021 , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021 § 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	<i>unverändert</i>
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 367/2021	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 385/2021	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 394/2021 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	<i>unverändert</i>
2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV		
396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19- MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 396/2021	15.09.2021	<i>unverändert</i>

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, , Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Masar, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.